

Amtsblatt

der Europäischen Gemeinschaften

ISSN 0376-9453

L 323

21. Jahrgang

17. November 1978

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Verordnung (EWG) Nr. 2683/78 der Kommission vom 16. November 1978 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr 1

Verordnung (EWG) Nr. 2684/78 der Kommission vom 16. November 1978 zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden 3

Verordnung (EWG) Nr. 2685/78 der Kommission vom 16. November 1978 zur Festsetzung der Mindestabschöpfung bei der Einfuhr von Olivenöl 5

★ Verordnung (EWG) Nr. 2686/78 der Kommission vom 15. November 1978 zur Einführung einer Genehmigungspflicht für die Einfuhr von Hosen mit Ursprung in Indien in das Vereinigte Königreich 7

Verordnung (EWG) Nr. 2687/78 der Kommission vom 16. November 1978 zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Tomaten mit Ursprung in Rumänien 9

Verordnung (EWG) Nr. 2688/78 der Kommission vom 16. November 1978 zur Festsetzung der für Malz anzuwendenden Erstattungen bei der Ausfuhr 10

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

78/923/EWG :

★ Beschluß des Rates vom 19. Juni 1978 zum Abschluß des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen 12

Englischer und französischer Wortlaut des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen 14

Inhalt (Fortsetzung)

Berichtigungen

- ★ Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2524/78 der Kommission vom 27. Oktober 1978 zur 15. Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2042/75 über besondere Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Getreide und Reis (ABl. Nr. L 301 vom 28. 10. 1978) 23

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2683/78 DER KOMMISSION

vom 16. November 1978

**zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen
oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1254/78⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu erhebenden Abschöpfungen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 2510/78⁽³⁾ und die später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu erlauben, ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen :

- für die Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf die tatsächliche Parität dieser Währungen stützt,
- für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Wechsel-

urse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und der während eines fortgesetzten Zeitraums für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorgehendem Absatz festgestellt wird.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 2510/78 enthaltenen Bestimmungen auf die Angebotspreise und die heutigen Notierungen, von denen die Kommission Kenntnis erhalten hat, führt zu einer Änderung der gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie es im Anhang zu dieser Verordnung angegeben wird —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeugnisse zu erhebenden Abschöpfungen werden in der Tabelle im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 17. November 1978 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. November 1978

Für die Kommission

Finn GUNDELACH

Vizepräsident

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 156 vom 14. 6. 1978, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 301 vom 28. 10. 1978, S. 1.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 16. November 1978 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr

(RE/Tonne)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Abschöpfungen
10.01 A	Weichweizen und Mengkorn	80,43
10.01 B	Hartweizen	120,96 ⁽¹⁾ ⁽⁵⁾
10.02	Roggen	80,58 ⁽⁶⁾
10.03	Gerste	87,36
10.04	Hafer	79,56
10.05 B	Mais, anderer als Hybridmais zur Aussaat	79,09 ⁽²⁾ ⁽³⁾
10.07 A	Buchweizen	1,61
10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum	46,90 ⁽⁴⁾
10.07 C	Sorghum	77,95 ⁽⁴⁾
10.07 D	Anderes Getreide	0 ⁽⁵⁾
11.01 A	Mehl von Weizen und Mengkorn	123,80
11.01 B	Mehl von Roggen	124,00
11.02 A I a)	Grobgrieß und Feingrieß von Hartweizen	198,39
11.02 A I b)	Grobgrieß und Feingrieß von Weichweizen	133,15

⁽¹⁾ Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,50 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

⁽²⁾ Für Mais mit Ursprung in den AKP oder den ULG, der in die überseeischen Departements der Republik Frankreich eingeführt wird, wird die Abschöpfung um 6 Rechnungseinheiten je Tonne gemäß Verordnung (EWG) Nr. 706/76 verringert.

⁽³⁾ Für Mais mit Ursprung in den AKP oder den ULG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,50 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

⁽⁴⁾ Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP oder den ULG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 50 % verringert.

⁽⁵⁾ Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,50 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

⁽⁶⁾ Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission bestimmt.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2684/78 DER KOMMISSION**vom 16. November 1978****zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1254/78⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15 Absatz 6,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2511/78⁽³⁾ und die später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt worden.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu erlauben, ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für die Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf die tatsächliche Parität dieser Währungen stützt,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz der sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und der während eines fortgesetzten Zeitraums für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorgehendem Absatz festgestellt wird.

Auf Grund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden, entsprechend den dieser Verordnung beigefügten Tabellen abgeändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Prämiensätze, die den nach Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz hinzuzufügen sind, werden entsprechend den dieser Verordnung beigefügten Tabellen festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 17. November 1978 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. November 1978

Für die Kommission

Finn GUNDELACH

Vizepräsident

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 156 vom 14. 6. 1978, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 301 vom 28. 10. 1978, S. 3.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 16. November 1978 über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl

(RE / Tonne)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 11	1. Term. 12	2. Term. 1	3. Term. 2
10.01 A	Weichweizen und Mengkorn	0	0	0	0
10.01 B	Hartweizen	0	0	0	0
10.02	Roggen	0	0	0	0
10.03	Gerste	0	0	0	0
10.04	Hafer	0	0	0	0
10.05 B	Mais, anderer als Hybridmais zur Aussaat	0	0	0	0
10.07 A	Buchweizen	0	0	0	0
10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum	0	0	0	7,35
10.07 C	Sorghum	0	0	0	0
10.07 D	Anderes Getreide	0	0	0	0
11.01 A	Mehl von Weizen und Mengkorn	0	0	0	0

B. Malz

(RE / Tonne)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 11	1. Term. 12	2. Term. 1	3. Term. 2	4. Term. 3
11.07 A I (a)	Malz aus Weizen, ungeröstet, in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A I (b)	Malz aus Weizen, ungeröstet, außer in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A II (a)	Malz, anderes als aus Weizen, ungeröstet, in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A II (b)	Malz, anderes als aus Weizen, ungeröstet, außer in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 B	Malz, geröstet	0	0	0	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2685/78 DER KOMMISSION

vom 16. November 1978

zur Festsetzung der Mindestabschöpfung bei der Einfuhr von Olivenöl

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1562/78⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung Nr. 162/66/EWG des Rates vom 27. Oktober 1966 über den Handel mit Fetten zwischen der Gemeinschaft und Griechenland⁽³⁾, gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2843/76 des Rates vom 23. November 1976 über Sondermaßnahmen, insbesondere zur Festlegung des Angebots von Olivenöl auf dem Weltmarkt⁽⁴⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2361/77⁽⁵⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2844/76 des Rates vom 23. November 1976 über Sondermaßnahmen, insbesondere zur Festlegung der Angebote von Olivenöl auf dem griechischen Markt⁽⁶⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2361/77, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1514/76 des Rates vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl mit Ursprung in Algerien⁽⁷⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2388/77⁽⁸⁾, insbesondere auf Artikel 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1521/76 des Rates vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl mit Ursprung in Marokko⁽⁹⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2388/77, insbesondere auf Artikel 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1508/76 des Rates vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl mit Ursprung in Tunesien⁽¹⁰⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2388/77, insbesondere auf Artikel 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1180/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über die Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei in die Gemeinschaft⁽¹¹⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2387/77⁽¹²⁾, insbesondere auf Artikel 10 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Kommission hat mit ihrer Verordnung (EWG) Nr. 1362/76 vom 14. Juni 1976⁽¹³⁾ beschlossen, für die Festsetzung der Abschöpfungen auf Olivenöl das Ausschreibungsverfahren anzuwenden.

In Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3188/76 der Kommission vom 23. Dezember 1976 über Durchführungsbestimmungen für die Sondermaßnahmen zur Festsetzung der Angebote von Olivenöl auf dem Weltmarkt und auf dem griechischen Markt⁽¹⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2413/77⁽¹⁵⁾, werden die Kriterien für die Festsetzung des Mindestabschöpfungssatzes festgelegt.

Dieser Satz ist für jedes betroffene Erzeugnis auf Grund einer Berücksichtigung der Lage auf dem Weltmarkt oder dem griechischen Markt und auf dem Markt der Gemeinschaft sowie auf Grund der von den Bietern angegebenen Abschöpfungssätze festzusetzen.

Bei anderen Erzeugnissen als Olivenöl ist der Ölgehalt der betreffenden Erzeugnisse zu berücksichtigen. Bei der Einfuhr von Olivenölkuchen und anderen bei der Gewinnung von Olivenöl anfallenden Rückständen der Tarifstelle 23.04 A des Gemeinsamen Zolltarifs mit einem Ölgehalt von höchstens 3 % wird jedoch keine Abschöpfung erhoben.

Bei der Erhebung sind die Bestimmungen in den Abkommen zwischen der Gemeinschaft und bestimmten Drittländern zu berücksichtigen. Insbesondere ist bei der Festsetzung der Abschöpfung als Berechnungsgrundlage die auf Einfuhren aus Drittländern zu erhebende Abschöpfung heranzuziehen.

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 2580/78⁽¹⁶⁾ ist das Wirtschaftsjahr 1977/1978 für Olivenöl bis zum 31. Dezember 1978 verlängert worden.

Bei Anwendung der vorstehend genannten Bestimmungen auf die von den Bietern am 13. und 14. November 1978 angegebenen Abschöpfungssätze ergeben sich die im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführten Mindestabschöpfungen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 17. November 1978 in Kraft.

(1) ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

(2) ABl. Nr. L 185 vom 7. 7. 1978, S. 1.

(3) ABl. Nr. 197 vom 29. 10. 1966, S. 3393/66.

(4) ABl. Nr. L 327 vom 26. 11. 1976, S. 4.

(5) ABl. Nr. L 277 vom 29. 10. 1977, S. 2.

(6) ABl. Nr. L 327 vom 26. 11. 1976, S. 6.

(7) ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 24.

(8) ABl. Nr. L 278 vom 29. 10. 1977, S. 14.

(9) ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 43.

(10) ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 9.

(11) ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10.

(12) ABl. Nr. L 278 vom 29. 10. 1977, S. 13.

(13) ABl. Nr. L 154 vom 15. 6. 1976, S. 13.

(14) ABl. Nr. L 359 vom 30. 12. 1976, S. 26.

(15) ABl. Nr. L 279 vom 1. 11. 1977, S. 55.

(16) ABl. Nr. L 309 vom 1. 11. 1978, S. 13.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. November 1978

Für die Kommission

Finn GUNDELACH

Vizepräsident

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 16. November 1978 zur Festsetzung der Mindestabschöpfung bei der Einfuhr von Olivenöl

(RE/100 kg)

Nummer des Gemeinsamen Zolldarfs	Griechenland	Drittländer
07.01 N II	6,00	10,00
07.03 A II	6,00	10,00
15.07 A I a)	32,00 ⁽³⁾	57,00 ⁽³⁾
15.07 A I b)	29,00 ⁽³⁾	54,00 ⁽³⁾
15.07 A I c)	32,00 ⁽³⁾	56,00 ⁽³⁾
15.07 A II a)	35,00	63,00 ⁽¹⁾
15.07 A II b)	48,00	88,00 ⁽²⁾
15.17 B I a)	14,00	25,00
15.17 B I b)	22,00	40,00
23.04 A	2,00 ⁽⁴⁾	4,00 ⁽⁴⁾

⁽¹⁾ Für die Einfuhr von Öl dieser Tarifstelle :

- a) vollständig in Algerien, in Marokko und in Tunesien gewonnen und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 3,20 RE/100 kg vermindert ;
- b) vollständig in der Türkei gewonnen und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 2,56 RE/100 kg vermindert.

⁽²⁾ Für die Einfuhr von Öl dieser Tarifstelle :

- a) vollständig in Algerien, in Marokko und in Tunesien gewonnen und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 6 RE/100 kg vermindert ;
- b) vollständig in der Türkei gewonnen und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 4,80 RE/100 kg vermindert.

⁽³⁾ Für die Einfuhr von vollständig in einem, der nachstehend genannten Länder gewonnenem und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbrachten Öl dieser Tarifstelle wird die Abschöpfung vermindert um

- a) für Griechenland und Spanien : 0,50 RE/100 kg ;
- b) für die Türkei : 18,50 RE/100 kg, sofern der Marktbeteiligte den Nachweis erbringt, daß er die von diesem Land festgesetzte Ausfuhrabgabe erstattet hat, wobei diese Erstattung den Betrag der tatsächlich eingeführten Abgabe nicht überschreiten darf ;
- c) für Algerien, Marokko, Tunesien : 20,50 RE/100 kg, sofern der Marktbeteiligte den Nachweis erbringt, daß er die von diesen Ländern festgesetzte Ausfuhrabgabe erstattet hat, wobei diese Erstattung den Betrag der tatsächlich eingeführten Abgabe nicht überschreiten darf.

⁽⁴⁾ Gemäß Artikel 3 der Verordnungen (EWG) Nr. 2843/76 und Nr. 2844/76 wird bei der Einfuhr von Olivenölkuchen und anderen Rückständen der Tarifstelle 23.04 A des Gemeinsamen Zolldarfs mit einem Ölgehalt von höchstens 3 % keine Abschöpfung erhoben.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2686/78 DER KOMMISSION

vom 15. November 1978

zur Einführung einer Genehmigungspflicht für die Einfuhr von Hosen mit Ursprung in Indien in das Vereinigte Königreich

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1439/74 des Rates vom 4. Juni 1974 betreffend die gemeinsame Einfuhrregelung⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 12,

nach Konsultationen in dem durch Artikel 5 der genannten Verordnung eingesetzten Beratenden Ausschuß,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Einfuhren von Hosen der Tarifstellen 61.01-62, 64, 66, 72, 74, 76 ; 61.02-66, 68, 72 des Gemeinsamen Zolltarifs aus allen Drittländern in die Gemeinschaft stellten 1977 einen wesentlichen Marktanteil, der sich seither im Falle des Vereinigten Königreichs noch erhöht hat.

Für diese Waren sind schon im Einklang mit den Bestimmungen des Allfaserabkommens und der zwischen der Gemeinschaft und einigen Lieferländern ausgehandelten bilateralen Abkommen Höchstmengen festgesetzt worden.

Die Einfuhren der betreffenden aus Indien stammenden Waren in das Vereinigte Königreich sind seit einigen Monaten sprunghaft gestiegen.

All dies hat zu einer Zerrüttung des britischen Marktes geführt und fügt den Herstellern in der Gemeinschaft schweren Schaden zu.

Die Gemeinschaft hat im Rahmen der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien mit Indien ein Abkommen über den Handel mit Textilwaren ausgehandelt, das besondere Bestimmungen betreffend die Möglichkeit von Schutzmaßnahmen enthält.

Angesichts der vorerwähnten Marktzerüttung hat die Gemeinschaft die in dem genannten Abkommen vorgesehenen Verfahren eingeleitet, die den Erlaß geeigneter Schutzmaßnahmen gestatten, um unter Berücksichtigung der Einfuhrentwicklung die Einfuhr der betreffenden Waren in das Vereinigte Königreich zu drosseln ; diese Verfahren haben zu einer gemeinsamen Schlußfolgerung geführt.

Gemäß dem von der Gemeinschaft mit Indien ausgehandelten Abkommen wird die Einhaltung der schon bestehenden oder nach dem Abkommen möglichen mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ausfuhr durch ein vereinbartes doppeltes Kontrollsystem gewährleistet, dessen Wirksamkeit davon abhängt, daß die Gemeinschaft ihrerseits eine Kontrolle einführt. Für die Einführung dieses Systems ist es notwendig, daß im Falle Indiens die Einfuhr der betreffenden Waren genehmigungspflichtig gemacht wird.

Die Genehmigungspflicht für die Einfuhren muß möglichst rasch eingeführt werden, um zu verhindern, daß sie durch vorgezogene Ausfuhren oder indirekte Einfuhren umgangen wird, wodurch den Herstellern in der Gemeinschaft ein schwer wiedergutzumachender Schaden entstehen könnte —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die 1978 getätigten Ausfuhren der nachstehend bezeichneten Waren mit Ursprung in Indien in das Vereinigte Königreich sind von der Vorlage einer von den zuständigen britischen Behörden erteilten Einfuhrgenehmigung abhängig :

Kategorie	Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	NIMEXE-Kennziffer 1978	Warenbezeichnung	Höchstmenge vom 1. Januar bis 31. Dezember 1978
6	ex 61.01	61.01-62, 64, 66, 72, 74, 76	Shorts und andere kurze Hosen, Hosen aus Geweben für Männer und Knaben	110 000 Stück
	ex 61.02	61.02-66, 68, 72	Hosen aus Geweben für Frauen, Mädchen und Kleinkinder	

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 159 vom 15. 6. 1974, S. 1.

Artikel 2

(1) Auf Vorlage der Ausfuhrdokumente, die im Rahmen des mit Indien ausgehandelten Abkommens über den Handel mit Textilwaren vereinbart wurden und im Anhang C der Verordnung (EWG) Nr. 3019/77 ⁽¹⁾ wiedergegeben sind, werden die Einfuhrgenehmigungen im Rahmen der vorgenannten Menge automatisch und unverzüglich erteilt.

Die vom 1. Januar 1978 bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung getätigten Einfuhren sind von dieser Menge abzuziehen, soweit die fraglichen Waren während dieses Zeitraums aus dem betreffenden Drittland ausgeführt wurden.

(2) Unabhängig von Absatz 1 werden die Einfuhrgenehmigungen automatisch und unverzüglich auf Vor-

lage eines Konnossements erteilt, mit dem nachgewiesen wird, daß die Waren vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung in Indien zur Ausfuhr in das Vereinigte Königreich verschifft wurden.

Artikel 3

(1) Diese Verordnung tritt am zweiten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

(2) Sie gilt vorbehaltlich der Annahme einer Verordnung des Rates gemäß Artikel 12 Absatz 6 und Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1439/74 bis zum 31. Dezember 1978.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. November 1978

Für die Kommission

Lorenzo NATALI

Vizepräsident

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 357 vom 31. 12. 1977, S. 1.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2687/78 DER KOMMISSION**vom 16. November 1978****zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Tomaten mit Ursprung in Rumänien**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1766/78⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 27 Absatz 2 Unterabsatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 2662/78 der Kommission vom 13. November 1978⁽³⁾ wird bei der Einfuhr von Tomaten mit Ursprung in Rumänien eine Ausgleichsabgabe vorgesehen.

Bei der gegenwärtigen Entwicklung der Notierungen, die für die Erzeugnisse mit Ursprung in Rumänien auf den in der Verordnung (EWG) Nr. 2118/74⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 668/78⁽⁵⁾, erwähnten repräsentativen Märkten festge-

stellt und gemäß Artikel 5 der genannten Verordnung festgesetzt oder berechnet werden, läßt sich feststellen, daß sich die Einfuhrpreise während zweier aufeinanderfolgender Markttage auf einem Stand befunden haben, der zumindest gleich dem des Referenzpreises war. Die in Artikel 26 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 vorgesehenen Bedingungen für die Aufhebung der Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von diesen Erzeugnissen mit Ursprung in Rumänien sind daher erfüllt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 2662/78 ist aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 17. November 1978 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. November 1978

Für die Kommission

Finn GUNDELACH

Vizepräsident

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 204 vom 28. 7. 1978, S. 12.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 320 vom 14. 11. 1978, S. 16.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 220 vom 10. 8. 1974, S. 20.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 90 vom 5. 4. 1978, S. 5.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2688/78 DER KOMMISSION

vom 16. November 1978

zur Festsetzung der für Malz anzuwendenden Erstattungen bei der Ausfuhr

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1254/78⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 2 vierter Unterabsatz,

gestützt auf die Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 bestimmt, daß der Unterschied zwischen den Notierungen oder den Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 dieser Verordnungen genannten Erzeugnisse und den Preisen für die Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden kann.

Gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2746/75 des Rates vom 29. Oktober 1975⁽³⁾, die allgemeine Richtlinien betreffend die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und die Kriterien für die Festsetzung der jeweiligen Beträge auf dem Getreidesektor setzen, sind die Erstattungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage und der voraussichtlichen Entwicklung einerseits des verfügbaren Getreides und seines Preises in der Gemeinschaft, andererseits der Preise für Getreide und Getreideerzeugnisse auf dem Weltmarkt festzusetzen.

Auf Grund derselben Verordnungen ist auf den Getreidemärkten für eine ausgeglichene Lage und für eine natürliche Preis- und Handelsentwicklung zu sorgen ; ferner ist den wirtschaftlichen Aspekten der geplanten Ausfuhren sowie dem Umstand Rechnung zu tragen, daß Marktstörungen in der Gemeinschaft möglichst zu vermeiden sind.

Die Verordnung (EWG) Nr. 2744/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die Regelung für die Einfuhr und die Ausfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2245/78⁽⁵⁾, bestimmt die besonderen Kriterien, die bei der Berechnung der Erstattung für diese Erzeugnisse zu berücksichtigen sind.

Die Anwendung dieser Regeln und Kriterien auf die derzeitige Marktlage bei Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen führt zur Festsetzung der Erstattung in einer Höhe, die den Unterschied zwischen den Preisen in der Gemeinschaft und den Weltmarktpreisen ausgleichen soll.

Die Lage auf dem Weltmarkt oder besondere Erfordernisse bestimmter Märkte können eine Differenzierung bei Erstattungen für bestimmte Erzeugnisse je nach ihrer Bestimmung notwendig machen.

Um ein normales Funktionieren der Erstattungsregelung zu erlauben, ist bei der Berechnung der Erstattungen zugrunde zu legen :

- für die Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v.H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf die tatsächliche Parität dieser Währungen stützt,
- für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und der während eines fortgesetzten Zeitraums für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorgehendem Absatz festgestellt wird.

Die Erstattung muß einmal monatlich festgesetzt werden ; sie kann während dieser Zeit geändert werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Ausfuhr des in Artikel 1 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten und der Verordnung (EWG) Nr. 2744/75 unterliegenden Malzes zu gewährenden Erstattungen werden auf die im Anhang genannten Beträge festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 17. November 1978 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 156 vom 14. 6. 1978, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 78.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 65.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 273 vom 29. 9. 1978, S. 1.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. November 1978

Für die Kommission

Finn GUNDELACH

Vizepräsident

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 16. November 1978 zur Festsetzung der für Malz anzuwendenden Erstattungen bei der Ausfuhr

<i>(RE / Tonne)</i>	
Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Erstattungsbetrag
11.07 A I b)	79,80
11.07 A II b)	97,65
11.07 B	113,80

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS DES RATES

vom 19. Juni 1978

zum Abschluß des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen

(78/923/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 43 und 100,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Das Europäische Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen, im folgenden „Übereinkommen“ genannt, ist im Rahmen des Europarats ausgearbeitet worden, um die Tiere in landwirtschaftlichen Tierhaltungen, insbesondere in den modernen Intensivaufzuchtssystemen, zu schützen.

Durch die Richtlinie 70/373/EWG des Rates vom 20. Juli 1970 über die Einführung gemeinschaftlicher Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 76/372/EWG ⁽⁴⁾, die Richtlinie 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970 über Zusatzstoffe in der Tierernährung ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 78/117/EWG ⁽⁶⁾, und die Richtlinie 74/63/EWG Rates vom 17. Dezember 1973 über die Festlegung von Höchstgehalten an unerwünschten Stoffen und Erzeugnissen in Futtermit-

teln ⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 76/934/EWG ⁽⁸⁾, sind gemeinsame Regeln eingeführt worden, die von dem Übereinkommen, und insbesondere von der Durchführung bestimmter Vorschriften dieses Übereinkommens, berührt werden könnten.

Andere Vorschriften des Übereinkommens betreffen Bereiche, in denen die Gemeinschaft noch keine gemeinsamen Regeln erlassen hat.

Der Tierschutz gehört als solcher nicht zu den Zielen der Gemeinschaft. Zwischen den derzeit geltenden einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen bestehen jedoch Unterschiede, die ungleiche Wettbewerbsbedingungen zur Folge haben und sich dadurch unmittelbar auf das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes auswirken können.

Im übrigen betrifft das Übereinkommen auch Bereiche, die unter die gemeinsame Agrarpolitik fallen.

Daher erscheint die Beteiligung der Gemeinschaft an dem Übereinkommen im Hinblick auf die Verwirklichung der genannten Ziele der Gemeinschaft geboten.

In Grönland erfolgt die Tierhaltung wegen der gesamten dort anzutreffenden Gegebenheiten, insbesondere des Klimas, der geringen Bevölkerungsdichte und der außerordentlichen Größe der Insel, unter grundlegend anderen Bedingungen als in den übrigen Gebieten der Gemeinschaft. Das Übereinkommen sollte deshalb nicht auf Grönland angewandt werden —

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 83 vom 4. 4. 1977, S. 43.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 204 vom 30. 8. 1976, S. 26.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 170 vom 3. 8. 1970, S. 2.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 102 vom 15. 4. 1976, S. 8.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 270 vom 14. 12. 1970, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 40 vom 10. 2. 1978, S. 19.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 38 vom 11. 2. 1974, S. 31.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 364 vom 31. 12. 1976, S. 20.

BESCHLIESST :

Artikel 1

Das Europäische Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen wird im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genehmigt.

Der Wortlaut dieses Übereinkommens ist diesem Beschluß beigefügt.

Artikel 2

Der Präsident des Rates nimmt die Hinterlegung der Genehmigungsurkunde gemäß Artikel 14 des Übereinkommens vor ⁽¹⁾.

Bei der Hinterlegung der Genehmigungsurkunde erklärt der Präsident des Rates gemäß Artikel 16 des Übereinkommens, daß dieses nicht für Grönland gilt.

Geschehen zu Luxemburg am 19. Juni 1978.

Im Namen des Rates

Der Präsident

P. DALSAGER

⁽¹⁾ Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens wird auf Veranlassung des Generalsekretariats des Rates im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

**EUROPEAN CONVENTION
FOR THE PROTECTION OF ANIMALS
KEPT FOR FARMING PURPOSES**

**CONVENTION EUROPÉENNE
SUR LA PROTECTION DES ANIMAUX
DANS LES ÉLEVAGES**

COUNCIL OF EUROPE

CONSEIL DE L'EUROPE

STRASBOURG

Provisional edition

Édition provisoire

THE MEMBER STATES OF THE COUNCIL OF EUROPE

signatory hereto,

Considering that it is desirable to adopt common provisions for the protection of animals kept for farming purposes, particularly in modern intensive stock-farming systems,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

CHAPTER I

General principles

Article 1

This Convention shall apply to the keeping, care and housing of animals, and in particular to animals in modern intensive stock-farming systems. For the purposes of this Convention, 'animals' shall mean animals bred or kept for the production of food, wool, skin or fur or for other farming purposes, and 'modern intensive stock-farming systems' shall mean systems which predominantly employ technical installations operated principally by means of automatic processes.

Article 2

Each Contracting Party shall give effect to the principles of animal welfare laid down in Articles 3 to 7 of this Convention.

Article 3

Animals shall be housed and provided with food, water and care in a manner which — having regard to their species and to their degree of development, adaptation and domestication — is appropriate to their physiological and ethological needs in accordance with established experience and scientific knowledge.

Article 4

1. The freedom of movement appropriate to an animal, having regard to its species and in accordance with established experience and scientific knowledge, shall not be restricted in such a manner as to cause it unnecessary suffering or injury.

2. Where an animal is continuously or regularly tethered or confined, it shall be given the space appropriate to its physiological and ethological needs in accordance with established experience and scientific knowledge.

Article 5

The lighting, temperature, humidity, air circulation, ventilation, and other environmental conditions such as gas concentration or noise intensity in the place in which an animal is housed, shall — having regard to

its species and to its degree of development, adaptation and domestication — conform to its physiological and ethological needs in accordance with established experience and scientific knowledge.

Article 6

No animal shall be provided with food or liquid in a manner, nor shall such food or liquid contain any substance, which may cause unnecessary suffering or injury.

Article 7

1. The condition and state of health of animals shall be thoroughly inspected at intervals sufficient to avoid unnecessary suffering and in the case of animals kept in modern intensive stock-farming systems at least once a day.

2. The technical equipment used in modern intensive stock-farming systems shall be thoroughly inspected at least once a day, and any defect discovered shall be remedied with the least possible delay. When a defect cannot be remedied forthwith, all temporary measures necessary to safeguard the welfare of the animals shall be taken immediately.

CHAPTER II

Detailed implementation

Article 8

1. A Standing Committee shall be set up within a year of the entry into force of this Convention.

2. Each Contracting Party shall have the right to appoint a representative to the Standing Committee. Any Member State of the Council of Europe which is not a Contracting Party to the Convention shall have the right to be represented on the Committee by an observer.

3. The Secretary General of the Council of Europe shall convene the Standing Committee whenever he finds it necessary and in any case when a majority of the representatives of the Contracting Parties or the representative of the European Economic Community, being itself a Contracting Party, request its convocation.

4. A majority of representatives of the Contracting Parties shall constitute a quorum for holding a meeting of the Standing Committee.

5. The Standing Committee shall take its decision by a majority of the votes cast. However, unanimity of the votes cast shall be required for:

- (a) the adoption of the recommendations provided for in Article 9 (1);
- (b) the decision to admit observers other than those referred to in paragraph 2 of this Article;
- (c) the adoption of the report referred to in Article 13; this report could set out, where appropriate, divergent opinions.

6. Subject to the provisions of this Convention. The Standing Committee shall draw up its own Rules of Procedure.

Article 9

1. The Standing Committee shall be responsible for the elaboration and adoption of recommendations to the Contracting Parties containing detailed provisions for the implementation of the principles set out in Chapter I of this Convention, to be based on scientific knowledge concerning the various species of animals.

2. For the purpose of carrying out its responsibilities under paragraph 1 of this Article, the Standing Committee shall follow developments in scientific research and new methods in animal husbandry.

3. Unless a longer period is decided upon by the Standing Committee, a recommendation shall become effective as such six months after the date of its adoption by the Committee. As from the date when a recommendation becomes effective each Contracting Party shall either implement it or inform the Standing Committee by notification to the Secretary General of the Council of Europe of the reasons why it has decided that it cannot implement the recommendation or can no longer implement it.

4. If two or more Contracting Parties or the European Economic Community, being itself a Contracting Party, have given notice in accordance with paragraph 3 of this Article of their decision not to implement or no longer to implement a recommendation, that recommendation shall cease to have effect.

Article 10

The Standing Committee shall use its best endeavours to facilitate a friendly settlement of any difficulty which may arise between Contracting Parties concerning the implementation of this Convention.

Article 11

The Standing Committee may express an advisory opinion on any question concerning the protection of animals at the request of a Contracting Party.

Article 12

Each Contracting Party may appoint one or more bodies from which the Standing Committee may request information and advice to assist it in its work. Contracting Parties shall communicate to the Secretary General of the Council of Europe the names and addresses of such bodies.

Article 13

The Standing Committee shall submit to the Committee of Ministers of the Council of Europe, at the expiry of the third year after the entry into force of this Convention and of each further period of three years, a report on its work and on the functioning of the Convention, including if it deems it necessary proposals for amending the Convention.

CHAPTER III

Final provisions

Article 14

1. This Convention shall be open to signature by the Member States of the Council of Europe and by the European Economic Community. It shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

2. This Convention shall enter into force six months after the date of the deposit of the fourth instrument of ratification, acceptance or approval by a Member State of the Council of Europe.

3. In respect of a signatory Party ratifying, accepting or approving after the date referred to in paragraph 2 of this Article, the Convention shall enter into force six months after the date of the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 15

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe may, upon such terms and conditions as it deems appropriate, invite any non-member State to accede thereto.

2. Such accession shall be effected by depositing with the Secretary General of the Council of Europe an instrument of accession which shall take effect six months after the date of its deposit.

Article 16

1. Any Contracting Party may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification,

acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

2. Any Contracting Party may, when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession or at any later date, by declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend this Convention to any other territory or territories specified in the declaration and for whose international relations it is responsible or on whose behalf it is authorized to give undertakings.

3. Any declaration made in pursuance of the preceding paragraph may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn according to the procedure laid down in Article 17 of this Convention.

Article 17

1. Any Contracting Party may, in so far as it is concerned, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary General of such notification.

Article 18

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the Member States of the Council and any Contracting Party not a Member State of the Council of :

- (a) any signature ;
- (b) any deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession ;
- (c) any date of entry into force of this Convention in accordance with Articles 14 and 15 thereof ;
- (d) any recommendation of the kind referred to in Article 9 (1) and the date on which it takes effect ;
- (e) any notification received in pursuance of the provisions of Article 9 (3) ;
- (f) any communication received in pursuance of the provisions of Article 12 ;
- (g) any declaration received in pursuance of the provisions of Article 16 (2) and (3) ;
- (h) any notification received in pursuance of the provisions of Article 17 and the date on which denunciation takes effect.

LES ÉTATS MEMBRES DU CONSEIL DE L'EUROPE,

signataires de la présente convention,

considérant qu'il est souhaitable d'adopter des dispositions communes pour protéger les animaux dans les élevages, en particulier dans les systèmes modernes d'élevage intensif,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT :

TITRE PREMIER

Principes généraux

Article premier

La présente convention s'applique à l'alimentation, aux soins et au logement des animaux, en particulier dans les systèmes modernes d'élevage intensif. Au sens de la présente convention, on entend par « animaux » ceux qui sont élevés ou gardés pour la production de denrées alimentaires, de laine, de peaux, de fourrures ou à d'autres fins agricoles et par « systèmes modernes d'élevage intensif » ceux qui utilisent surtout des installations techniques exploitées principalement à l'aide de dispositifs automatiques.

Article 2

Chaque partie contractante donne effet aux principes de protection des animaux fixés dans la présente convention aux articles 3 à 7.

Article 3

Tout animal doit bénéficier d'un logement, d'une alimentation et des soins qui — compte tenu de son espèce, de son degré de développement, d'adaptation et de domestication — sont appropriés à ses besoins physiologiques et éthologiques, conformément à l'expérience acquise et aux connaissances scientifiques.

Article 4

1. La liberté de mouvement propre à l'animal, compte tenu de son espèce et conformément à l'expérience acquise et aux connaissances scientifiques, ne doit pas être entravée de manière à lui causer des souffrances ou des dommages inutiles.

2. Lorsqu'un animal est continuellement ou habituellement attaché, enchaîné ou maintenu, il doit lui être laissé un espace approprié à ses besoins physiologiques et éthologiques, conformément à l'expérience acquise et aux connaissances scientifiques.

Article 5

L'éclairage, la température, le degré d'humidité, la circulation d'air, l'aération du logement de l'animal et les autres conditions ambiantes telles que la concentration des gaz ou l'intensité du bruit, doivent — compte

tenu de son espèce, de son degré de développement, d'adaptation et de domestication — être appropriés à ses besoins physiologiques et éthologiques, conformément à l'expérience acquise et aux connaissances scientifiques.

Article 6

Aucun animal ne doit être alimenté de telle sorte qu'il en résulte des souffrances ou des dommages inutiles et son alimentation ne doit pas contenir de substances qui puissent lui causer des souffrances ou des dommages inutiles.

Article 7

1. La condition et l'état de santé de l'animal doivent faire l'objet d'une inspection approfondie à des intervalles suffisants pour éviter des souffrances inutiles, soit au moins une fois par jour dans le cas d'animaux gardés dans des systèmes modernes d'élevage intensif.

2. Les installations techniques dans les systèmes modernes d'élevage intensif doivent faire l'objet, au moins une fois par jour, d'une inspection approfondie et tout défaut constaté doit être éliminé dans les délais les plus courts. Lorsqu'un défaut ne peut être éliminé sur le champ, toutes les mesures temporaires nécessaires pour préserver le bien-être des animaux doivent être prises immédiatement.

TITRE II

Dispositions détaillées pour la mise en œuvre

Article 8

1. Il est constitué, dans l'année qui suit la date d'entrée en vigueur de la présente convention, un comité permanent.

2. Toute partie contractante a le droit de désigner un représentant au comité permanent. Tout État membre du Conseil de l'Europe qui n'est pas partie contractante à la convention a le droit de se faire représenter au comité par un observateur.

3. Le secrétaire général du Conseil de l'Europe convoque le comité permanent chaque fois qu'il l'estime nécessaire et, en tout cas, si la majorité des repré-

sentants des parties contractantes ou le représentant de la Communauté économique européenne, elle-même partie contractante, en formulent la demande.

4. La majorité des représentants des parties contractantes constitue le quorum nécessaire pour tenir une réunion du comité permanent.

5. Le comité permanent prend ses décisions à la majorité des voix exprimées; toutefois, l'unanimité des voix exprimées est exigée pour:

- a) l'adoption des recommandations visées au paragraphe 1 de l'article 9;
- b) la décision d'admettre des observateurs autres que ceux visés au paragraphe 2 du présent article;
- c) l'adoption du rapport visé à l'article 13, rapport qui, le cas échéant, fait état des opinions divergentes.

6. Sous réserve des dispositions de la présente convention, le comité permanent établit son règlement intérieur.

Article 9

1. Le comité permanent est chargé d'élaborer et d'adopter des recommandations aux parties contractantes contenant des dispositions détaillées en vue de l'application des principes énoncés au titre premier de la présente convention; ces dispositions doivent se fonder sur les connaissances scientifiques concernant les différentes espèces.

2. Aux fins de l'accomplissement de ses tâches telles que visées au paragraphe 1 du présent article, le comité permanent suit l'évolution de la recherche scientifique et des nouvelles méthodes en matière d'élevage.

3. Sauf si un délai plus long est fixé par le comité permanent, toute recommandation prend effet en tant que telle six mois après la date de son adoption par le comité. À partir de la date à laquelle une recommandation prend effet, toute partie contractante doit, soit la mettre en œuvre, soit informer le comité permanent par notification adressée au secrétaire général du Conseil de l'Europe des raisons pour lesquelles elle a décidé qu'elle n'est pas ou n'est plus en mesure de la mettre en œuvre.

4. Si deux ou plusieurs parties contractantes ou la Communauté économique européenne, elle-même partie contractante, ont notifié conformément au paragraphe 3 du présent article, leur décision de ne pas mettre ou de ne plus mettre en œuvre une recommandation, cette recommandation cesse d'avoir effet.

Article 10

Le comité permanent facilite autant que de besoin le règlement amiable de toute difficulté qui peut surgir entre parties contractantes concernant l'application de la présente convention.

Article 11

Le comité permanent peut, à la demande d'une partie contractante, exprimer un avis consultatif sur toute question relative à la protection des animaux.

Article 12

En vue d'assister le comité permanent dans ses travaux, toute partie contractante peut désigner un ou plusieurs organes auxquels ce comité peut demander des informations et des conseils. Les parties contractantes communiquent au secrétaire général du Conseil de l'Europe le nom et l'adresse desdits organes.

Article 13

Le comité permanent soumet au comité des ministres du Conseil de l'Europe, à l'expiration de la troisième année après l'entrée en vigueur de la présente convention et à l'expiration de chaque période ultérieure de trois ans, un rapport sur ses travaux et sur le fonctionnement de la convention, en y incluant s'il l'estime nécessaire des propositions visant à amender la convention.

TITRE III

Dispositions finales

Article 14

1. La présente convention est ouverte à la signature des États membres du Conseil de l'Europe ainsi qu'à celle de la Communauté économique européenne. Elle sera ratifiée, acceptée ou approuvée. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près le secrétaire général du Conseil de l'Europe.

2. La présente convention entrera en vigueur six mois après la date du dépôt du quatrième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation d'un État membre du Conseil de l'Europe.

3. Elle entrera en vigueur à l'égard de toute partie signataire qui la ratifiera, l'acceptera ou l'approuvera après la date visée au paragraphe 2 du présent article, six mois après la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Article 15

1. Après l'entrée en vigueur de la présente convention, le comité des ministres du Conseil de l'Europe pourra inviter, selon les modalités qu'il jugera opportunes, tout État non membre du Conseil à adhérer à la présente convention.

2. L'adhésion s'effectuera par le dépôt, près le secrétaire général du Conseil de l'Europe, d'un instrument d'adhésion qui prendra effet six mois après la date de son dépôt.

Article 16

1. Toute partie contractante peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente convention.
2. Toute partie contractante peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou à tout autre moment par la suite, étendre l'application de la présente convention, par déclaration adressée au secrétaire général du Conseil de l'Europe, à tout autre territoire désigné dans la déclaration et dont elle assure les relations internationales ou pour lequel elle est habilitée à stipuler.
3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe précédent pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, aux conditions prévues par l'article 17 de la présente convention.

Article 17

1. Toute partie contractante pourra, en ce qui la concerne, dénoncer la présente convention en adressant une notification au secrétaire général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet six mois après la date de la réception de la notification par le secrétaire général.

Article 18

Le secrétaire général du Conseil de l'Europe notifiera aux États membres du Conseil et à toute partie contractante non membre du Conseil :

- a) toute signature ;
- b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion ;
- c) toute date d'entrée en vigueur de la présente convention conformément à ses articles 14 et 15 ;
- d) toute recommandation visée au paragraphe 1 de l'article 9 et la date à laquelle elle prendra effet ;
- e) toute notification reçue en application des dispositions du paragraphe 3 de l'article 9 ;
- f) toute communication reçue en application des dispositions de l'article 12 ;
- g) toute déclaration reçue en application des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 16 ;
- h) toute notification reçue en application des dispositions de l'article 17 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Convention.

Done at Strasbourg, this ... day of March 1976, in English and in French, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each of the signatory and acceding Parties.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente convention.

Fait à Strasbourg, le .. mars 1976, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le secrétaire général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacune des parties signataires et adhérentes.

For the Government
of the Republic of Cyprus :

Pour le gouvernement
de la république de Chypre :

For the Government
of the Kingdom of Denmark :

Pour le gouvernement
du royaume de Danemark :

P. VON DER HUDE

For the Government
of the French Republic :

Pour le gouvernement
de la République française :

For the Government
of the Federal Republic of Germany :

Pour le gouvernement
de la république fédérale d'Allemagne :

For the Government
of the Hellenic Republic :

Pour le gouvernement
de la République hellénique :

For the Government
of the Icelandic Republic :

Pour le gouvernement
de la République islandaise :

For the Government
of Ireland

Pour le gouvernement
d'Irlande :

For the Government
of the Italian Republic :

Pour le gouvernement
de la République italienne :

For the Government of the
Grand Duchy of Luxembourg :

Pour le gouvernement du
grand-duché de Luxembourg :

For the Government
of Malta :

Pour le gouvernement
de Malte :

For the Government
of the Kingdom of the Netherlands :

Pour le gouvernement
du royaume des Pays-Bas :

For the Government
of the Kingdom of Norway :

Pour le gouvernement
du royaume de Norvège :

For the Government
of the Kingdom of Sweden :

Pour le gouvernement
du royaume de Suède :

For the Government
of the Swiss Confederation :

Pour le gouvernement
de la Confédération suisse :

For the Government
of the Turkish Republic :

Pour le gouvernement
de la République turque :

For the Government
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland :

Pour le gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord :

Peter FOSTER

For the European
Economic Community :

Pour la Communauté
économique européenne :

BERICHTIGUNGEN

Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2524/78 der Kommission vom 27. Oktober 1978 zur 15. Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2042/75 über besondere Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Getreide und Reis

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 301 vom 28. Oktober 1978, Seite 38)

Anhang, Teil A, unter „Gültigkeitsdauer“:

Anstatt: „bis Ende des zweiten Monats nach der Ausstellung“

muß es heißen: „bis zum Ende des zweiten auf die Erteilung der Lizenz folgenden Kalendermonats“;

Anhang, Teil B:

Anstatt: „11.02 E II e) 1“

muß es heißen: „11.02 E II d) 1“.
